

FLUCHTGRUND



WAFFENHANDEL

Von Jürgen Grässlin

Sind Rüstungsexporte aus Deutschland und aus anderen Industrieländern ein Grund, das eigene Heimatland zu verlassen und eine oftmals lebensgefährliche Flucht ins Unbekannte zu wagen? Stellen Waffentransfers in Krisen- und Kriegsgebiete einen maßgeblichen Flucht-

grund dar? Und zählt Deutschland gar zu den Waffenausporteuren, die selbst Diktatoren und Despoten hochrüsten?

Solche Fragen sind leider rein rhetorischer Natur. Denn die Faktenlage ist fatal.

In den vergangenen Jahrzehnten leisteten die Bundesregierungen – gleich welcher parteipolitischen Couleur – aktiv Beihilfe zur Stabilisierung autokratischer, repressiver und diktatorischer Machthaber. Zentrales Element der Stabilisierung sogenannter „befreundeter Staaten“ stellen Kriegswaffenexporte in Milliardenhöhe dar.

Mit ihren Genehmigungen für Rüstungstransfers an menschenrechtsverletzende und kriegführende Regierungen und Regimes trugen und tragen Bundesregierungen massiv dazu bei, dass sowohl Kleinwaffen, also Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehre etc., als auch Großwaffensysteme wie Kampfpanzer, Militärhelikopter und Kampfflug-

zeuge etc. ganz legal und in immenssem Umfang in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert werden durften.

Die Folgen dieser ebenso verantwortungslosen wie menschenverachtenden Regierungspolitik waren und sind fatal. Denn Waffenlieferungen an Staaten, in denen Bürgerkriege toben oder die Kriege mit anderen Staaten führen, zeitigen dramatische Folgen. So gelangte über lange Jahre hinweg in Deutschland produziertes Kriegsgerät an staatliche Kriegstreiber in Libyen, Saudi-Arabien oder die Türkei.

Gerade beim Nato-Partner Türkei können die Bundesregierungen auf eine Jahrzehnte währende Tradition deutsch-türkischer Waffenbrüderschaft zurückblicken.

Allein in den Achtziger- und Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ermordete die türkische Armee Zehntausende Kurd*innen im Südosten des Landes – zumeist mit Waffen von Heckler & Koch (H&K). Mehr als eine Million Menschen aus Türkisch-Kurdistan flohen maßgeblich vor dem Einsatz deutscher Maschinenpistolen des Typs MP5 und Sturmgewehren des Typs G3 und HK33, in Lizenz von H&K bzw. der Bundesregierung (beim G3) gefertigt bei der staatlichen Waffenschmiede MKEK in Ankara.

Die allermeisten der Geflüchteten kamen nach Deutschland, vielfach nicht wissend, dass sie in einem Land von Unterdrücker- und Diktatorenfreunden Schutz suchten.

Allein vom Leopard-2-Kampfpanzer von Krauss-Maffei Wegmann hatte Deutschland der Türkei 354 Stück geliefert. Leo-2 wurden seitens der Truppen von Recep Tayyip Erdoğan u.a. bei der völkerrechtswidrigen Intervention im November 2019 in Nordsyrien eingesetzt. Ein weiterer Grund für die Flucht zahlreicher Menschen. Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung neuerlichen Rüstungsexporten in die Türkei zugestimmt. Allein für 2020 hatte sie Kriegswaffenexports im Gesamtwert von 22,9 Millionen Euro an das Militär in Ankara genehmigt.

Auch andere Regierungen, deren staatliche Sicherheitskräfte Menschenrechte massiv verletzen, wie die in Ägypten und Algerien, erhielten bzw. erhalten in großen Mengen Waffen aus Deutschland. Waffen, die in den Empfängerländern eingesetzt werden: zur Unterdrückung und Vertreibung Andersdenkender und Andersgläubiger, gegen missliebige Oppositionelle und die Demokratiebewegung oder gegen feindliche Kombattanten. Wer um sein Leben fürchtet und überleben will, muss fliehen.

Immerhin erreichten in vergangenen Jahren – als die Festung Europa noch lückenhafter war – mehr als zwei Millionen Menschen Mitteleuropa, viele von ihnen Deutschland. Manche Geflüchtete strandeten gar in Städten, in denen die Waffen produziert wurden und werden, mit denen sie und ihre Angehörigen in die Flucht getrieben wurden: in München, Oberndorf, Friedrichshafen, Düsseldorf oder Kassel. An Orten wie diesen wird besonders augenscheinlich: Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.

Was aber hat die seit 2013 von der CDU/CSU und der SPD geführte Bundesregierung aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt? Augenscheinlich nichts: Schließlich hat die Große Koalition 2019 ihre Exportgenehmigungen für Rüstungsexporte auf ein neues Rekordniveau gesteigert – zum Wohle der Rüstungsindustrie.

Besonders zynisch ist dabei die Tatsache, dass verschiedene Rüstungskonzerne in doppeltem Sinne

vom Geschäft mit dem Tod profitieren. Indem sie einerseits Waffen und technisches Know-How in Gebiete liefern, in denen Kriege oder Bürgerkriege toben und die damit die tobende Gewaltaustragung dramatisch verschärfen. Und andererseits liefern sie Rüstungsgüter, Überwachungselektronik oder Drohnen- bzw. Satellitentechnik, mit denen Grenzen abgeschottet und Menschen an der Flucht in ein sicheres Nachbarland gehindert werden. Zu ihnen zählen Unternehmen in aller Welt, auch deutsche Unternehmen, wie der „Fall 06“ des *Global Net – Stop The Arms Trade (GN-STAT; www.gn-stat.org)* dokumentiert.

Militärausgaben und Rüstungsexporte auf Rekordniveau. Weltweit wurden 2019 die Militärausgaben um 3,6 Prozent angehoben, schlimm genug. Noch negativer verlief die Entwicklung hierzulande. Im weltweiten Vergleich des Stockholm Peace Research International Institute (Sipri) stieg Deutschland, wohlgemerkt als einziges Land unter den Top 15, gleich um zwei Plätze – von Rang 9 auf 7 (von 2018 auf 2019). Mit Investitionen in Höhe von 49,3 US-Dollar steigerte die Große Koalition von CDU, CSU und SPD das Volumen der Militärausgaben in nur einem Jahr um zehn Prozent, berechnet auf den Zehnjahres-Zeitraum von 2010 bis 2019 gar um 15 Prozent.

Vergleichbar wüst sind die Werte beim Waffenhandel. Laut Fünf-Jahres-Bericht von Sipri wurde Deutschlands Exportwert für Großwaffensysteme für den Zeitraum von 2015 bis 2019 (im Vergleich zu 2010 bis 2014) von der christlich-sozialen Koalition sogar um 17 Prozent gesteigert. Auch hier der Vergleich: Weltweit wurde das Volumen um weitere 5 Prozent angehoben.

Auch der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2019 ergibt ein bedrückendes Bild: Die Einzelgenehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern wurden von 2018 auf 2019 von vormals 4,82 auf nunmehr 8,01 Milliarden Euro auf einen

neuen Negativrekord in der bundesdeutschen Historie hochkatapultiert. Höchst bedenklich auch die Entwicklung bei den sogenannten „Drittländern“ (außerhalb von Nato und EU): Hier wurde der Gesamtwert der Genehmigungen von 2,55 (2018) auf 3,53 Milliarden Euro (2019) gesteigert.

Auch Entwicklungsländer wurden üppig mit deutschen Kriegswaffen versorgt. So wurde der Wert der Einzelgenehmigungen innerhalb nur eines Jahres nahezu vervierfacht: von 365,7 Millionen (2018) auf 1,35 Milliarden Euro (2019). Die meistbeliebtesten Entwicklungsländer waren im Jahr 2019 Ägypten (801,8 Millionen Euro), Indonesien (201,8), Indien (92,9), Pakistan (63,3) und Marokko (61,4).

Die beiden Atommächte Indien und Pakistan haben bereits mehrere Kriege gegeneinander geführt und liefern sich permanent gewaltsame Grenzkonflikte. Die Menschenrechtslage in Ägypten, Indonesien und Marokko ist äußerst bedenklich. Die Lage der Flüchtlinge in Marokko beurteilt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International so: „Im Kampf gegen unerwünschte Migration baut die EU die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Transitländern aus. In Marokko setzen Repressionen staatlicher Sicherheitskräfte und Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Migrantinnen und Migranten unter Druck.“

Die Hauptempfänger deutscher Kriegswaffen waren 2019 der EU- und Nato-Partner Ungarn, genehmigt mit rund 1,78 Milliarden Euro, Algerien mit 846,6, Ägypten mit 801,8 und die USA mit 660,1 Millionen Euro.

Ungarn erhält umfassend Kriegswaffen trotz seiner rechtswidrigen Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge. Die ägyptische Militärregierung wird mit deutschen Kriegswaffen hochgerüstet trotz der Beteiligung Ägyptens an schweren Menschenrechtsverletzungen im Jemen-Krieg. Die USA werden mit deutschem Kriegsgerät beliefert trotz deren militärischen Interventionen und Menschenrechtsverletzungen im Afghanistan- und im Sy- »

» rien-Krieg sowie deren Unterstützung der Jemen-Aggressoren Saudi-Arabien und Ägypten – um pars pro toto drei Länderbeispiele zu nennen. Alleamt Rüstungsexporte, die ihren Bezug zur Flüchtlingsthematik haben – sei es als Fluchtgrund, sei es als Beitrag zur Flüchtlingsabwehr.

Die aktive Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden mit deutschen Waffen schreitet voran. Unter den Empfängern deutscher Kriegswaffen befanden sich – für mehr als eine Milliarde Euro – 2020 erneut mehrere Staaten im Nahen Osten, obwohl diese in die kriegerischen Auseinandersetzungen im Jemen und in Libyen verwickelt waren und sind.. Die Opfer der Politik der Bundesregierung sind vielfach Zivilist*innen, allen voran Frauen und Kinder, die des nackten Überlebens wegen vor dem Einsatz deutscher Kriegswaffen fliehen müssen.

Europa funktioniert immer besser – bei der Flüchtlingsabwehr. In Zeiten der Corona-Krise ist das Schicksal Geflüchteter weitgehend aus dem Fokus der Öffentlichkeit verwunden. Abertausende von ihnen ertranken und ertrinken bei dem Versuch, Europa zu erreichen. Wem die Überfahrt glückte, der landete und landet vielfach in Auffanglagern.

Schlimmer noch: Griechische Grenzschützer sollen massenhaft Flüchtlinge aufs offene Meer zurückgeschleppt haben. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll „in illegale Pushbacks von Flüchtlingen verwickelt“ sein, meldeten verschiedene Medien. Auf allen Ebenen formiert die Europäische Union die Festung Europa. Die EU-Kommission „plant eine Reform“ der Migrationspolitik. Asylbewerber, die „ohne Aussicht auf Erfolg“ gelten, „sollen schneller abgeschoben und von den Herkunftsländern zurückgenommen werden“. Zugleich hat die EU „die mehrjährige Stationierung großer Drohnen“ von Firmen aus Israel und Italien beschlossen, die das zentrale Mittelmeer noch besser überwachen sollen. Ent-

sprechende Tests wurden für Frontex bereits durchgeführt. Aus einem aktuellen Bericht zur „technischen Ausrüstung“ geht hervor, dass Frontex-Chef Fabrice Leggeri die EU-Grenzschutzagentur 2021 mit Gummischlagstöcken, Teleskop-Schlagstöcken und Tränengas hochgerüstet hat.“ Flüchtlingshilfe sähe anders aus.

Global Net deckt doppelte Profite von Rüstungskonzernen auf.

Geradezu perfide ist die Tatsache, dass Rüstungskonzerne in aller Welt in doppeltem Sinne vom Geschäft mit dem Tod und den Flüchtlingen profitieren: Genau sie sind es, die einerseits Waffen und technisches Know-How an Scheindemokraten und Diktatoren exportieren und somit Konflikte verschärfen.

Direkt an den Grenzsicherungsanlagen kommen vielfach Kleinwaffen bei staatlichen Sicherheitskräften gegen Migrant*innen zum Einsatz. Militärfahrzeuge dienen u.a. dem Materialtransport an die Grenzen und dem Abtransport von Geflüchteten zurück in Flüchtlingslager, in Folterkammern, Gefängnisse oder in die Wüste. So die Darstellung in „Fall 06“ des *GN-STAT*.

Für die Überwachungssysteme der sogenannten „Border Security“ benötigten Militärs u.a. Biometrie (Messung an Lebewesen z.B. zur Gesichtserkennung), IKT (Informations- und Kommunikationstechnik), bemannte Fahrzeuge, Boden- und Seesysteme, Schiffe, Luftsysteme wie Helikopter, unbemannte Flugzeuge (meist Überwachungsdrohnen) und Militärsatelliten, zudem physische Infrastruktur, Support und andere Dienstleistungen. Mittels dieser Techniken werden unzählige Menschen bedroht und beschossen, aus ihrer Heimat vertrieben, an Grenzen überwacht und abgefangen. Auch Baufirmen profitieren massiv von der Abschottung.

In vier Stufen veröffentlicht das *Global Net* in den letzten Monaten anhand ausgewählter Fallbeispiele, wie Konzerne von Waffenlieferungen und vom Geschäft mit der Abschottung profitieren:

- rund um Saudi-Arabien,
- rund um Israel,
- zwischen den USA und Mexiko,
- im Maghreb (im Norden Afrikas).

Mit diesem „Fall 06“ gibt das *Global Net* den Opfern eine Stimme und den Verantwortlichen in Täterprofilen Name und Gesicht. *GN-STAT* erstellt Firmenprofile, um die beteiligten Unternehmen als das zu entlarven, was sie sind: rein profitorientierte skrupellos agierende Rüstungs-, Fahrzeug- oder Baukonzerne, die von der Abschottung profitieren.

Pars pro toto sei an dieser Stelle aufgezeigt, wie die Flüchtlinge aus den Krisen- und Kriegsgebieten im Osten Afrikas an der Flucht über Saudi-Arabien in den Nahen Osten und später nach Europa gehindert werden (*siehe Kasten „Saudi-Arabien“*).

Fazit: Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.

Unzählige Menschen mussten und müssen vor dem Einsatz deutscher Kriegswaffen – in Händen von Regierungstruppen, Guerillaeinheiten oder Terroristen – fliehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Vizekanzler Olaf Scholz, im Bundessicherheitsrat die maßgeblichen Entscheidungsträger bei besonders brisanten Waffentransfers in Drittländer, wissen das. Dessen ungeachtet genehmigen sie weiterhin Kriegswaffenexporte an Barbaren und Schlächter in Krisen- und Kriegsgebieten. Diese Politik der Bundesregierung ist weder christlich, demokratisch noch sozial. Sie ist heuchlerisch, verlogen und inhuman.

Wer Fluchtgründe beseitigen will, muss da ansetzen, wo ein konkreter Ansatzpunkt besteht. Effizient und erfolgreich wäre ein sofortiger vollständiger Stopp aller Kriegswaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten – impulsgebend eingeleitet von der deutschen Bundesregierung.

2021: Widerstand gegen Waffenhandel, Engagement für Geflüchtete. Politischer Druck wirkt. Mit der

Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, einem Bündnis von weit mehr als 100 Organisationen der Friedens- und Entwicklungsbewegung mit der DFG-VK, von Kirchen und Gewerkschaften, ist es gelungen, einen Rüstungsexportstopp an Saudi-Arabien zu erwirken. Somit

können zumindest keine neuen Waffen aus Deutschland im Jemen-Krieg zum Einsatz kommen.

Welche Handlungsoptionen stehen uns für 2021 zur Verfügung? Im Herbst findet die Bundestagswahl statt. Bis dahin offenbaren sich verstärkt Chancen, die in Coronazeiten

Saudi-Arabien – das weltweit größte Border-Security-Programm

Im Jahr 2004 zog der damalige Rüstungskonzern EADS, jetzt Airbus, einen Auftrag an Land, der bis heute als das größte Border-Security-Programm weltweit gilt. Auftraggeber war das saudi-arabische Königshaus, der Auftragswert betrug rund zwei Milliarden Euro.

Airbus verpflichtete sich zum Bau eines ca. 5000 Kilometer langen High-Tech-Zauns an den Nord- und Südgrenzen des Landes. Als Ziel wurde angegeben, das Einsickern islamistischer Terroristen aus Ländern wie Syrien, dem Irak, dem Libanon und dem Jemen zu verhindern, Waffenschmuggel zu unterbinden und Flüchtlingsbewegungen zu stoppen.

Firmen wie Airbus profitieren bei derlei Geschäften doppelt: Sie liefern High-Tech-Waffen für Milliarden Euro an die Koalitionäre Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und weitere arabische Staaten, die seit 2015 einen Krieg gegen die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen führen. Und sie setzen noch einmal Milliarden mit der Errichtung von Grenzschutzanlagen um, die unter anderem das Ziel haben, die vom Krieg betroffenen Menschen an der Flucht – auch nach Europa – zu hindern.

Grenzüberwachungstechnologie von Airbus wird vielfach in Deutschland entwickelt und produziert, z.B. im Werk in Immenstaad am Bodensee mit 2250 Mitarbeiter*innen. Laut Airbus werden dort „Führungs-, Aufklärungs- und Überwachungssysteme“ sowie „Zieldarstellungsdrohnen für zivile und militärische Kunden“ und „Plattform-Hersteller für Hubschrauber, Kampfflugzeuge, Trans-

portflugzeuge und UAV“ (unbemannte Luftfahrzeuge, Drohnen) entwickelt und gebaut.

Die humanitäre Situation im Jemen wird sich weiter verschlimmern. Davon ist die für den Jemen zuständige Sprecherin des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, Shabia Mantoo, überzeugt. „Seit Beginn des Konflikts wurden insgesamt mehr als vier Millionen Menschen zur Flucht gezwungen, von diesen haben viele mittlerweile versucht, nach Hause zurückzukehren. [...] Die Mehrheit hat keine andere Wahl, als im Jemen zu bleiben. [...] Nur ein vergleichsweise kleiner Teil, rund 65000 Personen, sind in Nachbarstaaten oder weitere Länder des nahen Ostens geflohen.“

Noch riegelt der Krieg die Grenze nach Norden weitgehend ab. Ist er irgendwann einmal vorbei, dann werden der High-Tech-Zaun und die Meeresüberwachungsanlagen von Airbus weiterhin Menschen an der Flucht hindern. Flüchtende aus Somalia, Dschibuti und Äthiopien, die vom Jemen aus auf die arabische Halbinsel zu entkommen versuchen, werden durch den Zaun abgefangen.

Schon jetzt kommt es zu gewaltsamen Rückführungen, oft von denselben Schleppern, die die Leute ins Land gebracht haben, weiß Shabia Mantoo. „Gemäß UNHCR sind Zehntausende von Jemenitinnen und Jemeniten nach Dschibouti, Somalia und Äthiopien geflohen. Sie leben dann oft in denselben Camps wie die afrikanischen Flüchtlinge, die aus dem Jemen zurückgekehrt sind.“

Wolfgang Landgraeber (für das „Global Net – Stop The Arms Trade“)

weitgehend unbeachteten Themen der Rüstungsexport-, Abschottungs- und Flüchtlingspolitik zum Thema machen, indem wir

- Kandidat*innen für den Bundestag in Bürgersprechstunden und bei Podiumsdiskussionen informieren und befragen;
- Mitstreiter*innen informieren, eigene Handlungsansätze entwickeln und propagieren;
- Friedens- und Flüchtlingsorganisationen unterstützen, sei es als Mitglied oder durch aktives Handeln;
- mitmachen bei Kritischen Aktionär*innen von Rüstungs- bzw. Fahrzeugkonzernen, wie z.B. bei Airbus, Rheinmetall, Heckler & Koch und Daimler (wegen deren Lieferungen von Kriegswaffen bzw. Mercedes-Military-Fahrzeugen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten);
- uns bei *Global Net – Stop The Arms Trade (GN-STAT)* des RIB e.V. engagieren durch – steuerlich absetzbare – finanzielle Zuwendungen (denn die weltweiten Recherchen kosten das RIB e.V. viel Geld) oder durch Mitgliedschaft, durch Reiseberichte, Filme und Fotos aus Krisenregionen, durch eigene Recherchen über Grenzschutzanlagen zur Flüchtlingsabwehr (bestehende Berichte in „Fall 06“ erweitern oder neue Fälle von Border Security aufzeigen) oder beispielsweise durch Übersetzungen vorhandener Textpassagen in andere Sprachen;
- Strafanzeigen unterstützen, die beispielsweise bei illegalem Waffenhandel gestellt wie seitens des RIB e.V. oder der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ bereits bei Heckler & Koch und Sig Sauer mit Erfolg praktiziert (siehe Fall 02 und Fall 04 des *GN-STAT*);
- enger kooperieren in der Friedens- und Flüchtlingsbewegung.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros und Initiator des *Global Net – Stop The Arms Trade*. ‹‹